

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 33 (1992)  
**Heft:** 18

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## AUS DER SFD

Die Muselmanen dagegen schlagen — eine solche Teilung bestätigende — Verhandlungen aus, weil ihr Raum dann begrenzt wäre auf geringfügige Überbleibsel der einstigen jugoslawischen Republik Bosnien-Herzegowina, in der sie politisch vorherrschend gewesen waren. Von ihren kroatischen und serbischen Gegnern bedrängt, sehen die Muselmanen die einzige Rettung in einer fremden Militärintervention. Dass sie immer wieder die unterzeichneten Waffenstillstände brechen, zeugt vom zweifelten Versuch, eine solche Einmischung zu provozieren.

### Furcht vor Fundamentalismus

Freilich tragen auch die Muslims ihren Anteil an Schuld. Im ersten und zweiten Jugoslawien genossen sie eine gewisse Unterstützung der Bundesbehörde, und in den sechziger Jahren wurden sie sogar als Volk anerkannt. Wegen ihrer Dichte in Bosnien und Herzegowina wurde diese Bundeseinheit als diejenige mit muslimischem Vorrang betrachtet, und dies haben sie oft zum Schaden der kroatischen und serbischen Bevölkerung genutzt.

Das Gefühl der Bedrohung war bei den Serben immer besonders stark ausgeprägt, weil sie während des Zweiten Weltkrieges gerade in Bosnien-Herzegowina den schlimmsten Greuelthaten ausgesetzt waren. Schon aus diesem Grund hätte die muslimische Führung beim Auseinanderfallen Jugoslawiens eine weisere Politik betreiben sollen, anstatt ein mehr oder minder potenziertes Einzelgängertum zu pflegen, das bei Mitbürgern anderen Glaubens die Furcht vor der Einführung eines fundamentalistischen Islam weckte.

Verpasste Gelegenheiten können leider nicht nachgeholt werden: Die in Bosnien und Herzegowina gegründeten serbischen und kroatischen «Staaten» sind Realität, mit der sich allem Anschein nach die Unterhändler der Krisenlösung werden auseinandersetzen müssen. Dahin führt eine für alle Beteiligten lange «via dolorosa», und mit einem wirklichen Frieden kann deshalb lange nicht gerechnet werden. ■

## Zur ehemaligen Sowjetunion

**Im Oktober dieses Jahres erscheint in der SFD-Schriftenreihe das Heft 2 «Die ehemaligen Sowjetrepubliken». Die Grundlage bildet die im «Zeitbild» 1991/92 veröffentlichte Serie «Die Bestandteile der ehemaligen UdSSR». Die Texte wurden ergänzt und aktualisiert (Abschluss: Juli 1992). Der nachfolgende Beitrag ist eine Einführung zu dieser Broschüre.**

Die frühere Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR, Sowjetunion) setzte sich aus 15 Republiken zusammen. Sie waren nominell unabhängig, was indessen keine Rolle spielte.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion mit ihrem formellen Ende im Dezember 1991 besteht eine Zweiteilung unter den ehemaligen Mitgliedern. Elf von ihnen haben sich zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) zusammengeschlossen, und vier von ihnen sind ihr nicht beigetreten. Dabei handelt es sich um die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie um Georgien, also durchwegs um Kleinstaaten.

Indessen ist auch die GUS kein Gebilde, das in seinen organisatorischen Strukturen oder auch nur in seiner Zusammensetzung definitiv feststünde. Unbestimmt sind ferner die territorialen Zugehörigkeiten, da etliche Völker oder Volksgruppen sich nicht mehr als Teil der bisherigen Republik betrachten. Die Entwicklung neuer Staaten, ob gemeinsam oder separat, hat erst angefangen. Aus diesem Grund rechnet man sich, die heutigen Gegebenheiten der ehemaligen Sowjetrepubliken unabhängig davon zu skizzieren, ob sie der GUS angehören oder nicht. Eine andere Gemeinsamkeit als die vormalige Sowjetzugehörigkeit wird dabei nicht impliziert.

Das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gliedert sich in Regionen von unterschiedlichem Gewicht. Russland (die Russische Föderation), die Ukraine und Weissrussland stellen die slawischen Kernlande des ehemaligen Zarenreiches dar, und trotz der über hundert Völkerschaften bleiben die Slawen das ethnisch einheitlich dominierende Element. Sie haben eine vorwiegend gemeinsame Geschichte und Kultur. Politisch verhalten sich zurzeit Russland und die Ukraine wie feindliche Brüder, aber dieses Bild leugnet die enge Verwandtschaft ja nicht. In den drei Staaten wohnen rund drei Viertel der nachgelassenen Sowjetbevölkerung.

Zwischen der Ukraine und Rumänien liegt das kleine Moldawien (Moldova), das bis auf abtrünnige Minderheiten rumänischer Kultur ist. Es gehörte denn auch zeitweilig und partiell zu Rumänien. Die Wiedervereinigung ist ein beidseitig deklariertes Fernziel.

Die drei Staaten der baltischen Region verfolgen ihren separaten Weg der definitiven Abtrennung von Russland und der GUS mit Entschlossenheit. Sie waren 1918 unabhängig geworden und 1939 aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes der Sowjetunion einverleibt worden. Ihre Wohnbevölkerung umfasst, speziell im Falle Lettlands, viele Russen, und die Frage der allenfalls legitimen Sonderinteressen Russlands ist auch in strategischen Belangen noch keineswegs geklärt. Indessen besteht über die Zugehörigkeit der drei untereinander verbundenen und verbündeten Staaten zu Mitteleuropa kein ernstlicher Zweifel mehr.

Überaus zerrissen präsentiert sich zurzeit und für jede absehbare Zukunft die kaukasische (oder transkaukasische) Region mit Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Georgien steht ausserhalb der GUS, hat aber nach dem Putsch vom Dezember 1991 seit April 1992 mit Eduard Schewardnadse einen klassischen sowjetischen Reformpolitiker als Präsidenten. Nachhaltiger in dieser Region ist der immer stärker klaffende Gegensatz zwischen der christlichen und der islamischen Kultur. Das armenisch bewohnte Karabach in Aserbaidschan und die aserbaidschanische Exklave Naschitschewan im Westen Armeniens sind territorialer Ausdruck für die Konflikte an vielen Fronten. Die Interessen einerseits Russlands und andererseits der Türkei und Irans lassen eine Internationalisierung der kriegerischen Zustände jederzeit als möglich erscheinen.

Die zentralasiatische Region, ungefähr identisch mit der früheren Region Turkestan, umfasst die Republiken Turkmenien, Usbekistan, Tadschikistan, Kirgisien und Kasachstan. Sie haben die generellen Charakteristiken von Entwicklungsländern, unter anderem hohe Geburtenraten, eine hohe Kindersterblichkeit und eine grosse (früher bloss kaschierte) Arbeitslosigkeit. Präzedenzlose Ausmasse angenommen hat dort die Umweltzerstörung, und sie schreitet fort. Bis auf den russisch bewohnten Norden Kasachstan ist die Region islamisch. Das kommt politisch erst ansatzweise zum Tragen, denn diesbezüglich hat Zentralasien eine besondere Kontinuität. Die sowjetischen Machtstrukturen, völlig überzogen mit dem orientalischen Filz, haben dort besser gehalten als sonst irgendwo. Die Opposition dagegen hat eine sekulärdemokratische und eine islamische Potenz. Die wirklichen Ausmarchungen stehen in sämtlichen Belangen noch bevor, falls die umfassende Vergiftung von Boden, Wasser und Luft den menschlichen Auseinandersetzungen nicht schon zuvor die Grundlage entzieht. (cb/gb)

## RUSSISCHER MEDIENSPIEGEL

### Freier Devisenkauf

Ohne Vorlage des Reisepasses und des Ausreisevisums (wie das bis jetzt obligatorisch war) können die Bürger Russlands jetzt beliebige Mengen jeder Fremdwährung in den Banken kaufen. Die Menge der ins Ausland frei ausführbaren Valuta ist von 20–50 auf 500 Dollar erhöht worden. Diese Summe kann auch grösser sein, wenn das Geld vom eigenen Valutabankkonto abgeboben wird.

(«Iswestija», 29.7.92)

### Wieder russische Soldaten in Afrika?

Kaum sind alle sowjetischen Militärfachleute aus Ägypten, Äthiopien und Angola zurückgekehrt, könnten wieder, jetzt russische, Soldaten in Afrika kämpfen. Gemäss Petersburger Zeitung «Tschas pik» hat eine ausländische Agentur in St. Petersburg ein Büro eröffnet und beabsichtigt Werbeaktionen für die französische Fremdenlegion.

(«Krasnaja swesda», 28.7.92)

### Jetzt Marschälle auch in Usbekistan

Obschon die usbekische Armee erst im Entstehen begriffen ist, hat der Oberste Sowjet beschlossen, dass der Titel eines Marschalls von Usbekistan eingeführt wird. Im Parlamentsbeschluss wird die Dienstzeit auf 18 Monate festgesetzt, und für Hochschul-Absolventen beträgt sie 12 Monate.

(TV, Moskau, 25.8.92)

### Makabre Buchhaltung

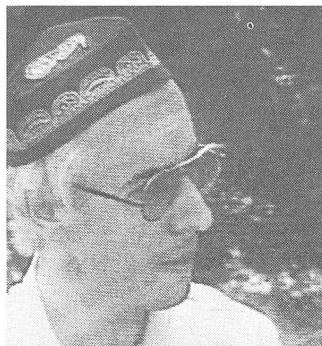
Bis jetzt sind drei offizielle Angaben über Opfer des kommunistischen Regimes in Russland bekannt. 1954 hat das Innenministerium bekanntgegeben, dass in der Zeit von 1921 bis 1953 wegen konterrevolutionärer Tätigkeit 3,8 Mio Menschen verhaftet und davon 634 000 erschossen wurden. 1990 meldete das KGB, dass in der Zeit von 1930 bis 1953 wegen antisowjetischer Tätigkeit 3 778 254 Menschen verhaftet und davon 786 000 erschossen wurden. Vor einigen Tagen meldete das russische Sicherheitsministerium, dass in der Zeit von 1917–1990 wegen Staatsver-

brechen 3 853 900 Personen verurteilt und davon 827 955 erschossen wurden. Wann kommt und wie sieht die nächste Zahlenangabe aus? Kenner des GULAG-Systems behaupten, dass diese «Buchhaltung» nicht stimmt, denn sie berücksichtigt nicht die gerichtlich nicht erfassten Todesopfer: In Tscheka-Kellern erschossene zaristische Offiziere, gefangene Kronstadt-Matrosen, aufständische Bauern, auf sibirischen Fussmärschen erfrorrene Kulaken (deportierte Grossbauern), ausgesiedelte Deutsche, Krimtataren, Tschetschenen, Kalmüken und die Hungeropfer von 1930/31 (als Folge der Kollektivierung). Man spricht von 10, 20, 30 Millionen ...

(«Moskowskie nowosti», 16.8.92)

### Hochschule für Mullahs

In Dagestan (Kaukasus) ist die erste islamische Hochschule eröffnet worden. Rektor der Hochschule ist Jachja Dagestani. Das Moskauer Fernsehen zeigte die Bilder des Rektors und seiner Studenten — den künftigen Mullahs. (TV, Moskau, 25.8.92)



### Jeder Stadt ihre OMON-Truppen

Es gibt heute in Russland 20 Sonderseinheiten der Miliz (Polizei) mit dem Gesamtmannschaftsbestand von 5500. Der Chef der Hauptverwaltung für öffentliche Ordnung des Innenministeriums Russlands, Wjatscheslaw Ogorodnikow, gab bekannt, dass nächstens in sechs weiteren Städten OMON-Einheiten aufgestellt werden und vorgesehen ist, in allen Städten

mit mehr als 300 000 Einwohnern OMON-Einheiten einzusetzen.

(«Iswestija», 12.8.92)

### Kaliningrad (Königsberg) liegt in Russland

Im Westen, aber auch in Russland ist man oft der Meinung, dass Kaliningrad zwar zu Russland gehört, aber als Enklave in Litauen liegt. Die beiliegende Karte zeigt deutlich, dass das Gebiet Kaliningrad mit seinen 15 100 km<sup>2</sup> (mehr als 1/3 der Schweiz) als Teil des zwischen Polen und Russland aufgeteilten Ostpreussens in Russland liegt. Die Grenze im Westen bildet das Baltische Meer, im Süden Polen und im Norden und Osten Litauen.

(«Argumenti i fakti», 29-30/92)



### Russische Botschaften in allen früheren Sowjetrepubliken

Präsident B. Jelzin unterzeichnete einen Regierungsbeschluss über die Errichtung russischer Botschaften in allen früheren Sowjetrepubliken. Ihr Gesamtpersonal beträgt 400 Personen. In allen Botschaften sind u. a. Beraterposten für Wirtschaftsfragen, für militärpolitische Fragen und für zwischennationale Beziehungen vorgesehen. In der Ukraine, in Georgien und in den Baltischen Staaten erhalten die Botschaftsangehörigen ihren Lohn in Dollars, in den anderen Republiken in Rubeln.

(«Iswestija», 10.8.92)

### Russland «importiert» westliche Manager

Das russische Wirtschaftsministerium plant, eine Reihe pensionierter westlicher Manager als Berater für eigene Unternehmen einzuladen. Die EG ist bereit, einen grossen Teil der Transport- und Aufenthaltsko-

sten zu übernehmen, Russland wird nur für die Beförderung im Inland und für die Dolmetscher zahlen. Die Aktion wird auf den Erfahrungen des westlichen «Senior-Service» in Polen, China und in den neuen deutschen Ländern aufgebaut werden.

(«Iswestija», 11.8.92)

### Ein Amt zur Anwerbung ausländischer Investoren

Alexander Schochin, der Stellvertreter des Regierungschefs, soll das neue Amt zur Anwerbung ausländischer Investoren leiten. Für das neue «Komitee zur Koordination der Tätigkeit russischer Ministerien und Ämter im Zusammenhang mit der Anwerbung ausländischer Investoren» ist ein Programm mit konkreten Massnahmen ausgearbeitet worden.

(«Iswestija», 18.7.92)

### Jelzin versammelt die Intellektuellen

Unter diesem Titel berichtet die Agentur ITAR-TASS über die Sitzung des Konsultativrates des Präsidenten im Kreml. Hauptthema der Konferenz waren die Massnahmen im Rahmen des Reformprogramms. Anwesend waren: Gennadij Burbulis, Staatssekretär; Georgij Arbatow, Direktor des USA- und Kanada-Instituts der Akademie der Wissenschaften; Nikolaj Schmeljow, Wirtschaftsspezialist und Abteilungsleiter im USA- und Kanada-Institut; Oleg Bogomolow, Direktor des Instituts für wirtschaftliche und politische Forschung an der Akademie der Wissenschaften; Pawel Bunitsch, Präsident der Unternehmer- und Pächterunion; Dmitrij Wolkogonow, Militärhistoriker und Berater des Präsidenten; Gawriil Popow, Wirtschaftswissenschaftler (bis vor kurzem Moskauer Bürgermeister); Jurij Rischow, Botschafter in Frankreich (früher Rektor einer angesehenen Moskauer Hochschule); Anatolij Sobtschak, Bürgermeister von St. Petersburg; Swjatowlaw Fjodorow, Generaldirektor der Gesellschaft «Augen-Mikrochirurgie».

(«Rossijskaja gaseta», 18.7.92)

(Auswahl und Bearbeitung durch Georg Bruderer)